

Erscheint in Leipzig
Dienstag, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Kontingentsbedingungen für die
Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Wm. Puchers,
409 Maystr. Chicago, Ill.
Peter Haf,
8. W. Corner Third and
Coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Für Preußen incl. Stempel-
steuer 21 1/2 Sgr., für die
übrigen Deutschen Staaten
16 Sgr. pro Quartal.
Monats-Abonnements
werden bei allen Deutschen
Postanstalten auf den 2ten
u. 3ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen, im Kgr. Sachsen
u. Herzst. Sachl.-Altenburg
auch auf den 1ten Monat.
à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 43. Mittwoch, 15. April. 1874.

Der Klassenkampf.

Vor zwanzig Jahren, als unsere Bourgeoisie noch um die Gewerbefreiheit kämpfte, ließ sie durch ihre bezahlten Apostel verkünden: „Haben wir nur erst die freie Concurrenz, Freihandel in allen Gebieten, so hat Elend und Noth ein Ende und die Menschheit wird nur noch ein Märchen der vergangenen Zeit sein.“ In demselben Augenblicke, als diese Worte verklingen wollten, wies man auf das Beispiel Englands, wo Gewerbefreiheit und freie Concurrenz seit Jahrhunderten bestand und dennoch das greulichste Elend herrschte, eine unübersteigliche Klippe zwischen Armuth und Reichthum gähnte. Die bezahlten Apostel verkündeten das bezahlte Evangelium ruhig weiter, bis ihre Predigten das ersehnte und für sie allerdings paradiesische Ziel erreicht hatten. Daß man abscheulich geschwindelt hatte, wird heute den offeneren jener bezahlten Apostel, wenigstens in England, zugestanden. Einen ähnlichen Schwindel treibt gegenwärtig eine ähnliche Sorte von Bourgeoisaposteln, welche den Arbeitern vorreden, die soziale Frage sei nur ein Mißverständnis; durch gutorganisirte Gewerkschaften und Einigungsämter (gewerkschaftliche Schiedsgerichte) werde sie aus der Welt gestraft, und die momentan durch Mißverständnisse getriebene Harmonie zwischen Kapital und Arbeit zum Heil der Kapitalisten und Arbeiter zur Geltung gebracht.“ Auch dieses Evangelium wird durch einen Blick auf England als Lüge hingestellt. In England haben die Gewerkschaften, die an Stärke und geordneter Verwaltung die Höchste leisten und Alles, was in andern Ländern auf diesem Gebiete vorhanden ist, weit hinter sich lassen. In England haben die Schiedsgerichte und den christlichen Willen der gewerkschaftlichen Arbeiter, ihre Differenzen mit den Arbeitgebern schiedsgerichtlich zu lösen. Und dennoch wüthet der Klassenkampf in England heftiger als in irgend einem andern Land der Welt. Und dennoch wird nach wie vor von „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ und der Allheiligkeit der Schiedsgerichte und Einigungsämter weitergeschwafelt.

Hier ein eklatantes Beispiel dieser „Harmonie“. Die englische Landarbeitergewerkschaft, die jetzt an 100,000 Mitglieder hat, deren Namen bekannt; eine gemäßigtere, um nicht zu sagen eine bessere Organisation läßt sich nicht denken. Das Kind der zwin- genden Noth, suchte die Gewerkschaft auf jede Weise sich die Sympathie der besitzenden Klassen zu erwerben. Die Führer wandten an die „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“. Einige philanthropische Adlige, Bourgeois und Pfaffen warfen den ver- stohlenen auch eine halbwegs menschliche Existenz ringenden Land- arbeiter auch ein paar gnädige Almosenpfennige hin. Das machte die Gewerkschaft natürlich nicht fett. Und nun, nach kurzem Ge- danken, haben die besitzenden Klassen: Grundbesitzer, Pfaffen und Farmer, den Verteilungskrieg gegen die Labourers Union (Land- arbeitergewerkschaft) eröffnet. Man lese nur folgenden Nothschrei selbst, den wir unverfälscht mittheilen:

„An die arbeitenden Klassen Großbritanniens und Irlands. Zweitausendfünfhundert Mitglieder müssen jetzt aus un- serer Klasse erhalten werden, und es ist wahrscheinlich, daß, ehe der Anruf Euch zukommt, die Zahl noch beträchtlich vermehrt wird. Dies ist ein großer und schwerer Kampf für persön- liche und politische Freiheit. Die Landaristokratie, die Farmer und Geistliche haben sich entschlossen, die Landarbeiter-Union (Gewerkschaft) auszurotten. In mehreren Grafschaften sind Be- schüsse wie der folgende gegen uns angenommen worden und be- stehen durch die Entlassung der unserer Union angehörigen Arbeiter in Ausführung gelangt: „Eh, den 19. März 1874. In einer öffentlichen Versammlung des Verwaltungsausschusses der Assoziation von Eh, welche heute in Lamm-Hotel abgehalten wurde, gelangte nachstehender Beschluß zur einstimmigen Annahme: Am Abend ist den Arbeitern angekündigt, daß, sollte morgen ein Streik auf dem Gut irgend eines der zu dieser Assoziation gehörenden Farmers ausbrechen, ein jedes Mitglied der Land- arbeiter-Union am nächsten Pahltag entlassen, und während der Dauer des Streikes nicht wieder in Arbeit genommen wird.“ Sekretär hat Weisung erhalten, diesen Beschluß allen nicht der Versammlung anwesenden Mitgliedern unserer Farmer- Assoziation mitzutheilen. J. Luddington, Ehren-Sekretär.“

Die Districte, in welchen die Aussperrung der Arbeiter haupt- sächlich stattgefunden hat, sind die Grafschaften: Cambridgeshire, Suffolk, Essex, Lincolnshire, Hampshire und Nor- folk. Ungefähr ein Viertel der jetzt außer Arbeit befindlichen Arbeiter, die übrigen drei Viertel sind ausgesperrt. Die Farmer von Suffolk, Bedfordshire, Hampshire und Cambridgeshire, die 13 Shillings (1 Shilling = 10 Gr.) erhielten, fordern 15 Shilling, ohne jegliche „Perquisites“ (Vier u.). Wegen ungünstigen Wetters verloren sie viele Arbeitstage. In Essex haben viele Arbeiter nicht mehr als 11 und 12 Sh. wochent- lich erhalten, sie haben wiederholt höhere Lohn verlangt, aber stets um- gesagt. Ihr Alle kennt die Tyrannei und Macht der Landbesitzer, daß wir Euch darüber nicht zu belehren brauchen. Wir haben nur das Eine erwähnen, daß die Arbeiter in den meisten Districten durch die Cottages u. s. w. in der absoluten Gewalt der Landbesitzer sind, wodurch die Schwierigkeiten noch verwickelter und schwerer werden. Arbeitsbrüder! Gewerkschaftsmitglieder! — denn solche wenden wir uns an Euch — es bedarf eines einheitlichen, geschlossenen Vorgehens, um ein für alle mal dem Recht der Arbeiter auf Vereinigung und Befreiung zum Sieg zu verhelfen. Wir haben, so weit es in unsern Kräften lag, uns Mittel beschafft und sind häuslicher mit ihnen umgegangen; allein das hat uns in ruinirender Ausdehnung zur gerichtlichen Ver- weigerung unserer Rechte gezwungen, und Ihr Alle kennt die

Gerechtigkeit der „großen Unbezahlten“ und vorurtheilsvollen Geschworenen. Die fortwährenden Aussperrungen und das uns aufgezogene Hin- und Herwandern und Auswandern verhindern uns einen genügenden Fonds aufzusammeln, und wir sind darum einer Krise, wie der gegenwärtigen, nicht gewachsen. Wir bitten darum unsere Arbeitsbrüder und Gewerkschaftsmitglieder, Sammlungen für uns zu veranstalten. Alle Beiträge sind an den Secretär zu schicken, im Namen des Kassiers J. E. M. Vincent Esq. Leamington und werden im „Labourers Union Chronicle“ (Chronik der Landarbeiter-Gewerkschaft) quittirt werden. Unsere Union zählt gegenwärtig an 100,000 Mitglieder. Für das Comité: Joseph Arch (Sprich Bischof Ayrich) Präsident, Henry Taylor (Sprich Tähler) Secretär.“

Dieses Attentat bedarf keines Commentars. Gegen die Land- arbeiter-Union ist von Seiten der Arbeitgeber und deren bezahlter Agenten, der Pfaffen, ein Kampf auf Leben und Tod begonnen worden, und die Landarbeiter-Gewerkschaft sieht schon jetzt ihre Fonds erschöpft und muß die übrigen Gewerkschaften um Hilfe anhehn. (Fortf. folgt.)

*) Die Justiz auf dem Land wird in Großbritannien von „unbe- zahlten“ Magistraten geleitet, die aus der Klasse der Besitzenden, namentlich der Landbesitzer (Grundbesitzer) genommen sind, und natürlich in ihrem Klasseninteresse „Recht“ sprechen. Diese standalöse Institution wird von Professor Brett und andern Leuten dieses Schlages als ein Bollwerk englischer Freiheit geriefen und zur Verpflanzung auf deutschen Boden empfohlen. Wie schön, wenn Herr Steiger von Schwiez oder Herr Forstig in Berlin über ihre Lohnsklaven auch in optima forma (in bester Form) zu Gericht sitzen könnten!

Politische Uebersicht.

— Das Militärgesetz, dieser böse Geist, der so heftig an den Säulen des „heiligen Reiches“ gerüttelt und beluähe einen Farn in der politischen Kinderstube verursacht hat, ist von den national- liberalen Servilitätsgeistern glücklich beschworen worden. Mit dem nächsten 1. d. der die Präsenzstärke des Reichsheeres auf 400,000 Mann festsetzen soll, getraut sich — und die Regierung doch nicht vor das Plenum des Reichstages zu treten, denn auch der „Gott“ der parlamentarischen Schlägen kann „seine Launen“ haben, wie dies Bismarck von dem „Kriegsgott“ gesagt hat. Die Feststellung der Präsenzstärke soll also nicht „auf ewig“, wie bei jedem Friedensschlusse gesagt zu werden pflegt, sondern nur auf sieben Jahre festgesetzt werden. Die Regierung verzichtet auf die „Ewigkeit“, beharrt aber darauf, daß die Offiziere von den Communalsteuern befreit bleiben. Die Nationalliberalen haben dem selbstverständlich ihre Zustimmung gegeben. Die Form ist also gefunden, innerhalb welcher sich sowohl die preussische Regie- rung befriedigt fühlt, als auch die Nationalliberalen ihre politische „Ehre“ geschützt glauben. Für sieben Jahre verzichtet die Na- tionalliberalen in die militärischen Angelegenheiten irgend etwas drein zu reden. Für sieben Jahre soll die Regierung befugt sein, auf militärischem Gebiete ohne Verantwortlichkeit und Rechenschaft zu schalten und zu walten, wie sie will. Wer darin eine Rettung der „parlamentarischen Ehre“ des Nationalliberalismus erblicken will, der mag es thun; wir erblicken in dem Compromiß, zu welchem sich die Nationalliberalen herbeigelassen, nur Servilität, Unfähigkeit und Klasseninteressen.

Ja: Compromiß! Compromiß! schallt es durch jene „heiligen Hallen“ am Donhofesplatz und schmunzelnd spitzt das Junkerthum der Molke und Kamede, welche den Bau des preussischen Militä- rismus errichtet, die Ohren. Was für den ägyptischen König Pharaos die sieben fetten Kühe, sind für diese „Helden“ die sieben Jahre der festen Präsenzstärke des Reichsheeres und sie brauchen keinen Joseph, der ihnen dies erst deutet.

„Der Reichsregierung muß (!) bewilligt werden, was sie fordert, denn was sie fordert, hat sie auch nöthig“, so schreibt das Bremische Reptil, die „Weserzeitung“, den schwankenden Reichsboten in die Ohren. Arme „Vertreter des Volks“! Weg Organ die „Weserzeitung“ ist, der gehe nach Hause und lasse sich nie wieder im Reichstage blicken, denn nach der „Weser- zeitung“ ist Nichts unnöthiger, als ein Reichstag. Und erst Herr Biedermann in seiner „Deutschen Allgemeinen“! In Nr. 81 druckt er die „Nationalliberale Correspondenz“ ab, worin es heißt: „Das Budget-Recht hat in dem jungen parlamentarischen Leben des Reiches höchstens theoretisch, niemals aber praktisch be- standen“! Also geht nach Hause, ihr „Volksvertreter“; was wollt ihr denn in Berlin, wenn ihr nur zu bewilligen habt, was die Regierung immer von Euch verlangt. Da lasse man doch die Re- gierung allein machen; dadurch erspart man viel Zeit und Geld und es bleibt doch beim Alten.

Wir sind zwar überzeugt, daß die „Weserzeitung“ und Herr Biedermann, welche den nackten Absolutismus predigen und der preussischen Regierung heute eine Machtvollkommenheit zuge- messen haben möchten, wie sie einst Sultan Soliman und Timur zu Gebote stand, auch morgen bei passender Gelegenheit wieder den „Reichsstaat“ in den Mund nehmen, ja dem guten deutschen Volke glauben machen können, das deutsche Volk besäße überhaupt die freiesten Staatsinstitutionen von der Welt. Wir sind deshalb der Meinung, daß es sich bei dem eingegangenen Compromiß gar nicht um die parlamentarische „Ehre“ des Nationalliberalismus gehandelt hat und zwar aus dem einfachen Grunde, weil diese schon vorher nicht mehr vorhanden war.

Was vor sieben Jahren Herr von Forderbed, der jetzige Präsident des Reichstages, als „Bernichtung des Budget- rechts“ bezeichnete, ist heute einfach die „erste Bedingung der

Existenz des Reiches“. So ändern sich die Zeiten! Damals (1867) meinte Herr von Forderbed zu dem preussischen Landtage, als ein Antrag der Regierung auf dauernde Feststellung der Prä- senzstärke vorlag:

„Meine Herren! Sorgen Sie dafür, daß einst nicht die Nach- welt sage: In demselben Augenblicke, wo durch die einmüthige, treue und energische Anstrengung des preussischen Volkes solche Er- folge errungen sind, wo wir dieser Anstrengung des Volkes in seiner Armee und in allen seinen Schichten es lediglich und allein zu danken haben, daß wir hier über die Geschichte des Norddeutschen Bundes beschließen, in diesem Augenblicke ist von den Vertretern des Volkes dem Volke mehr an freiherrlichen Rechten genommen worden, als für die Erreichung des Norddeutschen Bundes notwendig.“

Wir sind heute in derselben Lage und wir wollen hören, ob Herr von Forderbed wiederum der „Nachwelt“ gedankt. Wir glauben nicht. Auch die Mitglieder des Reichstages haben es „lediglich und allein“ den Anstrengungen des Volkes zu danken, daß sie nicht in Paris, sondern in Berlin tagen. Die Nachwelt freilich wird von dieser „großen Zeit“ nicht viel mehr zu sagen haben, als daß dieses Volk nur die Kastanien aus dem Feuer holte, damit ihm nachher desto besser die Haut über die Ohren gezogen werden konnte.

— Das „Plebiscit“ unserer Bismarcker ist so kläglich aus- gefallen, wie nur irgend möglich; fast nirgends haben die Herren sich an die Deffentlichkeit gewagt, und doch sind 9 Zehntel Zei- tungen gefüllt mit langen Berichten und Leitartikeln über diese „Kundgebungen des souveränen Volks“. Die Corruption und Abhängigkeit unserer Journalistik sowie das Mißverhältnis zwischen den verschiedenen Volksklassen und deren Vertretung in der Presse sind wohl niemals so drastisch zu Tage getreten. Die ungeheure Majorität des Volks ist gegen eine Erhöhung der jetzt schon un- erschwinglichen Militärlasten: bloß eine „kleine aber mächtige Partei“, die sich um die Person des preussischen Königs scharrt, das Häuflein der ganz oder halb mediatisirten Fürsten und Adligen, und der nationalliberalen Bedienten-Chorus sind für die dem Reichstage ge- machten Vorlagen. — So ist es in Wirklichkeit! Und in dem „Spiegel“ der Presse: ganz Deutschland ist einmüthig für die preussischen Regierungsvorlagen; abgesehen von einigen reichsfeind- lichen Ausnahmen brennt das deutsche Volk vor Begierde, die Geld- und Platzsteuer zu vermehren! Wir hoffen, daß unseren Reichstagsabgeordneten Gelegenheit geboten werden wird, diese Plebiscitfarce und die schamliche Rolle, welche die deutsche Presse dabei gespielt hat, gebührend an den Pranger zu stellen.

Als Curiosität sei hier erwähnt, daß Professor Biedermann in seiner „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 9. d. die groteske Althheit hat — Danton für das Bismarck'sche Militärgesetz ins Feld zu führen. Danton „habe dem Vaterland die Partei- differenzen geopfert“. Ganz recht, Freund Biedermann. Aber haben Sie, der Sie doch Professor der Geschichte sind, nicht ge- lernet, daß das Vaterland Dantons, die Freiheit, die Revo- lution war? Haben Sie nicht gelernt, daß Danton hauptsächlich deshalb definitiv mit der Monarchie brach, weil Ludwig der Sechzehnte sich eine königliche Armee schaffen wollte, die gegen das Volk verwandt werden konnte? Haben Sie nicht gelernt, daß der 10. August, der (freilich mit Unrecht) wesentlich für Dan- ton's Werk ausgegeben wird und jedenfalls seinen Wünschen ent- sprach, hauptsächlich durch jenes Bestreben Ludwig's des Sechzehnten und seines Hofe, eine königliche Armee zu schaffen, herbeigeführt wurde? Lieber Herr Professor; reden Sie Ihren Studenten und Lesern vor was Sie Lust haben, tauchen Sie bis über die Ohren in den Sumpf der Reichstreue und Loyalität, aber lassen Sie die Männer der Revolution aus dem Spiel. Und auch vom Volk lassen Sie die Finger! Wir dächten die nationalliberale Partei wäre reich genug an Servilität, um die Kosten ihrer Niedertracht allein zu bestreiten!

— Der Reichstag hat nicht genug an den Ausnahmegesetzen, welche die Regierungen gegen die Arbeiter beantragen; ein Theil seiner Mitglieder sucht in fanatischem Eifer die Regierungen noch zu überbieten. Allen voran glänzen die sächsischen Conservativen und einige nationalliberale Abgeordnete, welche beantragen, die seinerzeit durch die Nordd. Gewerbeordnung beseitigten Arbeits- bücher wieder einzuführen. Als Antragsteller fungiren unter Andern der Abgeordnete von Kostig-Wallwig, sächsischer Mi- nister des Innern, der Abg. Dr. Schwarze, sächsischer General- staatsanwalt; beide Herren sind wegen ihres Eifers in Befolgung und Unterdrückung der Arbeiterbestrebungen be- rühmt; ihnen schließen sich als gleichgestimmte Seelen an die sächsischen Abge- ordneten: Gutsbesitzer Günther, Hofrath Ackermann, Gut- besitzer Pfeifer, Advokat Koch u. Schon die soziale Stellung dieser Herren läßt schließen, was das Volk von ihnen zu erwarten hat. Aber wir hielten sie doch für ein Bißchen klüger; wir dach- ten, die letzten Wahlen würden ihnen gezeigt haben, daß weder die Polizeimaßregeln des Ministers des Innern, noch die Hoch- verraths- und Preßprozesse, deren eifrigster Beförderer der General- staatsanwalt ist, die Sozialdemokratie zu tödten im Stande sind. Die Haltung der Herren beweist, daß weder das Sprüchwort: „Den die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit“ bei ihnen Beachtung gefunden, noch der Ausspruch Orensiera's: „Du ahnst nicht, mein Sohn, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird,“ durch sie Widerlegung findet. Uns kann es nur recht sein, wenn Regierungen- wie Volksvertreter Sachens die Rolle, ihre eigenen Todtengräber zu sein, freiwillig übernehmen und unt

die Siege für die nächsten Wahlen mit nicht beabsichtigter Gefälligkeit erleichtern.

In der Sitzung des wiedereröffneten Reichstags vom 9. April wurde der Antrag von Bernards und Windthorst, eine Rednerliste einzuführen, damit nicht der Präsident sich nach seinem Belieben die Redner auswählen könne, abgelehnt. Es bleibt also beim Alten. Wahlrechts Verlangen, die Redezeit zu bestimmen, wurde ebenfalls unbeachtet gelassen.

Am 6. April trat der Jahrescongrès der englischen Genossenschaftsvereine in Colfax zusammen. Vorkünftig entnehmen wir der „Englischen Correspondenz“ folgenden Bericht:

„Ungefähr 200 Delegirte traten unter dem Präsidium L. Drassens zusammen. Aus der Eröffnungssprache des Letzteren entnehmen wir, daß die Zahl der Vereine in England und Wales augenblicklich 746 ist, mit 300,587 Mitgliedern, von denen 60,000 im Jahre 1872 eingetreten waren; 32,000 schieden aus. Ende 1872 betrug das eingelegte Kapital 2,784,000 £., während 10,176,000 £. für Waaren bezahlt und 11,379,000 £. eingenommen wurden. Der Netto-Profit im Ganzen betrug 807,748 £. Der Präsident gab in seiner langen Rede einige beachtenswerthe Winke. Sozialismus, sagte er, ist der Protest der Arbeit gegen die ungleiche Vertheilung des Gewinnes aus der Production, allein das System absoluter Gleichheit ist gegen die Gesetze der Natur. Da nun keine Gleichheit zu erreichen ist, so muß wenigstens Gerechtigkeit herrschen. Es wäre nicht gut, wenn das Capital auf Kosten der Arbeit begünstigt wird, so wie die arbeitenden Klassen wenig Vortheil davon haben würden, wenn sie dazu beitragen, den Trieb, der zur Kapitalvermehrung führt, zu vernichten. In England ist der Gewinn, den das Capital trägt, ohnedies schon kleiner als in anderen Ländern, daher man außerhalb Großbritanniens englisches Geld mit Erfolg heran zu locken weiß. Vor Allem warnte Drassens die Genossenschaftsvereine vor Unternehmungen in großem Maßstabe; die Kontrolle wird zu schwierig und geräth darum in die Hände Weniger. Ein abschreckendes Beispiel bietet die Duseborn Maschinen-Fabrik, die großartigste Genossenschaft in England und hier ist es — in der That ein seltsamer Fall — sogar zu einem Strike gekommen. Wenn das Geschäft ein solches ist, daß es nicht in bescheidenem Maße geführt werden kann, so soll man nach Drassens das System der Subcontracte wie bei dem Eisenbahnbau anwenden. Als besonders wünschenswerth bezeichnete Drassens ferner die Herstellung eines guten Kochherdes für die Arbeiterklassen in großen Städten und die Einrichtung von Arbeiter Restaurants in großem Maßstabe. — In der Nachmittags-Sitzung verlas der Secretär Reale einen Bericht über Ernennung eines Centralbureau's vor und am Abend hielt Hodgson Pratt einen Vortrag, wie durch Cooperation der Fortschritt im sozialen Leben und im Unterricht des Volkes am besten befördert werden kann. — Es mag hier noch erwähnt werden, daß Goldwin Smith vorgestern einen Vortrag über dasselbe Thema wie Drassens hielt. Wie gewöhnlich, wenn der geistvolle, aber boshafte Professor geredet hat, erhebt sich gegen ihn ein kleiner Sturm von Seiten der patriotischen Pflichten. Dies Mal hat er den Zorn des National-Ökonomen der „Times“ durch die Behauptung erregt, daß alle Kleinhandler zu Grunde gehen müssen, weil der Detail-Handel nur unter drei Bedingungen, die alle schlecht sind, erhalten werden kann, erstens, wegen der Verschwendung menschlicher Kraft, da jeder Kleinhandler die Hälfte seiner Zeit verschwendet; zweitens wegen des ungenügenden Profits, denn ohne diesen kann kein Mensch vom Kleinhandel leben und drittens endlich, wegen des Credit-Systems. Also auch auf diesem Wege, meint Goldwin Smith, kommen wir zum Prinzip der Genossenschaft, während die „Times“ aus den angeführten Gründen den Schluß zieht, daß nur die Zahl der Kleinhandler sich vermindern muß, diese selbst aber nicht zu verschwinden brauchen.“

Von den 360 italienischen Arbeitervereinen haben 280 den Arbeitercongrès in Rom besandt. Bekanntlich sind bei den italienischen Arbeitervereinen zwei Richtungen vertreten, die sozialistische und die bürgerlich-demokratische oder mazzinistische. Mazzini verwarf den Klassenkampf und glaubte seine Zwecke durch Verschönerungen zu erreichen. Da in Italien eine Menge von Arbeitern von dieser zopfigen Anschauung sich emancipirt haben und die offene Organisation für unendlich wirksamer erachten, als die geheime Verschönerung, so mögen, wenn auf dem Congresse dieser Gegenstand zur Debatte gekommen ist, die gegenseitigen Anschauungen eingehend klargestellt worden sein. Ueber den Verlauf des Congresses berichtet die „Frankfurter Zeitung“:

„In Rom hat der große dreizehnte Arbeitercongrès stattgefunden, der drei Tage dauerte. Ueber 280 Arbeiterassoziationen waren dabei vertreten. Es wurden eine Reihe von wichtigen Fragen herabgelesen. Die Polizei aber, die sich überall einfindet, wo man über das Wohl der arbeitenden Klassen beräth, nahm sich auch diesmal wieder heraus, nicht nur die Redner zu unterbrechen, sondern auch die Diskussion über einige Themata, über welche Akademien und Schulen ungeschindert verhandeln dürfen, willkürlich zu verhindern. Und sollte man glauben, welches diese Themata waren? Erstens: „Ueber die Natur und die ökonomische Wirkung der Arbeitseinstellung“; zweitens: „über das Verhältnis des Lohnes in Bezug auf die Production“; drittens: „über die Assoziation des Kapitals und der Arbeit“; viertens: „über die in das Civilgesetz einzuführenden Reformen in Betreff der Erbschaften, in Bezug auf den Wohlstand der Bevölkerung“; fünftens: „über das Steuersystem“. Der Vicepräsident Alessandro Fortis, welcher die Verhandlungen leitete, protestirte energisch gegen das Verbot der freien Diskussion, gegen die schreiende Verletzung der Freiheit des Wortes und des allgemeinen Rechts. Seine Worte fanden ein lebhaftes Echo bei den Delegirten und dem zahlreichen Publikum, welches der Sitzung beizuhörte.“

Wenn Herr Bismarck von Cavour gelernt hat, so lernt Herr Vittorio Emanuele jetzt von Bismarck. Jeder will die Arbeiterbewegung mit der Polizei aus der Welt schaffen; somit scheint der Eine aus der Geschichte so wenig gelernt zu haben, wie der Andere.

Ueber die Gründung von Lokalblättern.

Das Bestreben, Partei-Lokalblätter zu gründen, das neuerdings wieder an verschiedenen Orten ausbricht, veranlaßt uns, einmal rückhaltlos über diesen Punkt unsere Meinung auszusprechen.

Bekanntlich bestehen innerhalb der Partei zwei Strömungen, von denen die eine die Lokalblätter als schädlich und die Centralisation der Partei untergraben bekämpft, während die andere in der Gründung derselben einen Fortschritt erblickt, indem durch dieselben die Macht der Partei fester begründet und eine unausgesetzte Einwirkung auf Kreise möglich werde, wo das Central-Parteiorgan gar nicht oder nur sehr schwer Zutritt erlange. Wir sind kein Gegner der Lokalblätter an und für sich; wir

halten gut redigirte und gut verwaltete Lokalblätter in Bezirken, wo eine Garantie für ihre Lebensfähigkeit vorhanden ist, für sehr angebracht, weil sie namentlich durch ihre Wirksamkeit in örtlichen Angelegenheiten der Partei einen großen Anhang und eine starke Stütze verschaffen können, wobei wir aber voraussetzen, daß jedes Lokalblatt — was bisher keineswegs überall und in vollem Maße geschehen ist und was zum guten Theil Veranlassung zur Opposition gegen sie gegeben hat — nach Kräften für die Ausdehnung der Parteiorganisation und gewissenhafte Pflichterfüllung gegen die Parteiverwaltung eintritt.

Wir sind ferner der Ansicht, daß je mehr sich die Partei ausdehnt, um so weniger ein einziges Organ für dieselbe genügt. Man verweise hierbei als gegenheiliges Beispiel auf den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein; aber das Beispiel dürfte kaum zutreffen. Denn thatsächlich macht sich im Allg. d. Arbeiterverein an den verschiedensten Orten das lebhafteste Bedürfnis nach Lokal-Parteiorganen geltend, und wir glauben nicht, daß die Bemühungen der strikamen Centralisationsanhänger in dem Verein auf die Länge das Bedürfnis werden unterdrücken können. Uebermäßige Centralisation führt entweder zur Unterdrückung oder zur Explosion der Kräfte; eine lebensfähige und intelligente Partei läßt sich auf die Dauer nicht von einigen Wenigen leiten.

Tüchtige Kräfte heranzuziehen, wie tüchtigen Kräften Spielraum zur Entfaltung zu geben, dazu ist eine gute Partei-Lokalpresse jedenfalls ein vortreffliches Mittel. Aber es muß dabei mit Vorsicht und Umsicht verfahren werden, und das ist's, was sowohl manches der bereits gegründeten Organe vermissen ließ und was namentlich nicht vorhanden zu sein scheint bei den Projekten, die neuerdings aufgetaucht sind.

Die erste Bedingung für die Existenz eines Lokalblattes ist die Möglichkeit, in verhältnismäßig kurzer Zeit einen genügenden Abonnentenstand erhalten zu können, damit seine Existenz gesichert ist. Dazu gehört eine tüchtige Parteiorganisation und eine für unsere Bestrebungen empfängliche und dichte Bevölkerung. Die Partei muß das Blatt gründen, aber nicht das Blatt erst die Partei. Statt dessen treten Orte mit einem Blattprojekt hervor, an denen die Partei bisher kaum 25 steuernde Mitglieder und höchstens 10—20 Parteiorganabonnenten zählte. An solchen Orten ein Lokalblatt gründen zu wollen, ist einfach anklug und beweist, daß man auch nicht die geringste Ahnung von den enormen Kosten und Schwierigkeiten hat, welche die Gründung eines Organs verursacht.

Thatsache ist, daß die Mehrzahl unserer Lokalblätter noch heute nur durch größte Umsicht und Opferwilligkeit erhalten werden kann, obgleich sie schon seit Jahren existiren, einen Boden sich geschaffen haben und meist genügende Redactions- und Verwaltungskräfte besitzen. Thatsache ist ferner, daß einige derselben mehr als einmal dem Untergange nahe gebracht und nur durch die außerordentlichsten Anstrengungen außerhalb ihres Wirkungskreises stehender Parteigenossen wie der Parteileitung erhalten werden konnten. Thatsache ist endlich, daß einige bestehen, von denen man heute noch nicht sagen kann, ob sie die Krise überwinden und trotz aller Mühen, aller Sorgen und Anstrengungen nicht dennoch zu Grunde gehen. Von den Opfern an Geld, Zeit und Menschenkraft, welche unsere Parteipresse seit ihrem Bestehen abforbirt und täglich noch erheischt, haben die allerwenigsten unserer Parteigenossen einen Begriff, denn in Wirklichkeit sind es stets nur kleine Kreise, welche diese Opfer zu bringen haben. Deshalb erklären wir es für leichtsinnig, wenn man ohne klare Einsicht in die Verhältnisse und ohne genügende Mittel, geistige wie materielle, mit der Gründung neuer Lokalblätter vorgehen will. Man Sorge dafür, daß der Leserkreis des Hauptparteiorgans wie der bestehenden Lokalblätter möglichst erweitert und die Existenz aller damit über jeden Zweifel gestellt wird. Die Partei-Lokalpresse ist derart über die Parteibezirke vertheilt, daß bei einiger Organisation sie das Bedürfnis auf geraume Zeit decken kann. Man organisire sichere und mit Mitteln genügend ausgestattete Filialen, Sorge für Correspondenten, die alle Lokalnachrichten berichten, Annoncen sammeln und beides täglich einsenden, was durch die Eisenbahnverbindungen leicht geschehen kann.

Neben der Unmöglichkeit, in der erforderlichen kurzen Zeit einen genügenden Leserkreis zu gewinnen und die nöthigen materiellen Mittel aufzubringen, ist es noch ein anderer Umstand, der die Gründung von neuen Lokalblättern, vorläufig wenigstens, entschieden widerräth. Das ist der offenbare Mangel an passenden redactionellen und Verwaltungskräften. Wir sprechen auf Grund von Erfahrungen. Wer einen halbwegs vernünftigen Brief oder eine leidliche Correspondenz schreiben kann, ist deshalb noch nicht fähig zum Redacteur, wie vielfach geglaubt wird. Die Oberflächlichkeit, die von unsrer Seite so gern den Redactoren bürgerlicher Blätter vorgeworfen wird, und meist mit vollem Recht, dürfen wir in unsern eigenen Reihen sich nicht breit machen lassen. Unsere Blätter sind keineswegs alle mit genügenden Redaktionskräften versehen, neue Blätter würden den Mangel nur vergrößern. Fast mehr noch wie die Redaktionskräfte fehlen tüchtige Verwaltungskräfte, und doch ist eine tüchtige Verwaltung um kein Haar weniger wichtig wie eine tüchtige Redaction. Eine ungeschickte Verwaltung richtet bei der besten Redaction jedes Blatt zu Grunde. Beispiele fehlen nicht. Da heißt es also, vorsichtig sein und nicht im Eifer sofort ein Blatt gründen wollen, weil die Wahl uns ein paar Tausend Stimmen eingetragen, während alle anderen Bedingungen fehlen.

Die Partei hat alle Ursache, mit ihren Kräften und Mitteln haushälterisch zu verfahren, sie nicht mutwillig in spekulativen Unternehmungen zu vergeuden. Ist erst ein solches Unternehmen ohne die Bedingungen einer gewissen Existenz begonnen, dann wird es Ehrensache für die Gründer, es auch um jeden Preis zu halten, es werden die unsäglichsten Opfer gebracht, in- und auswärtige Hilfe in Anspruch genommen und schließlich muß man einsehen, daß dennoch die Kräfte nicht reichen. Das Unternehmen geht zu Grunde und schädigt die Bewegung am Orte und seiner Umgebung mehr als es ihr nützte. Zwei bereits zu Grunde gegangene Parteiorgane sind hierfür eine Lehre. Darum Vorsicht; suchen wir die bestehenden Organe sicherzustellen, ehe neue ins Leben gerufen werden.

Jüngere Partei-, Verwaltungs- und Organisations-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen!

Nachgenannte Vertrauensmänner sind neu vorgeschlagen und von uns bestätigt worden:

Breslau: Carl Just; Köln: Joh. Mostopp; Fürth: Dr. K. Bedenbahl; Puckowalde: Wilhelm Lorenz; Ronsdorf: Isaac Jörgens; Wiskau: Christian Reichmann.
Hamburg, 12. April 1874.

Mit Gruß!

Der Ausschuss.

J. A.: H. Venneke, A. Schäferkamp 34.
A. Geis, Rödingsmarkt 12.

Internationale Arbeiter-Assoziation.

Fédération Régionale Suisse.

An alle Sectionen und an alle Arbeitervereine in Europa!
Bürger!

Die kürzliche Bildung einer gewissen Gruppe zu Genf, welche sich „Allgemeine Vereinigung der Arbeiterverbindungen“ (Lig. universelle des corporations ouvrières) nennt, hat zu Angst und Urtheilen geführt, welche vollständig unrichtig sind, sowohl die Haltung der Unserer Arbeitervereine gegenüber der „Allgemeinen Liga“ betreffen. Unsere Pflicht legt uns auf, uns in die Sache ein- für allemal gegen jene Sectionen und Arbeiterverbindungen, zu welchen wir bis jetzt in freundschaftlichen Beziehungen gestanden, auszusprechen, um vollständig die falschen Angaben und Annahmen zu beseitigen, die mehr oder weniger deutlich bezüglich unserer Haltung verbreitet worden sind, denn wir wollen keine zweifelhafte Stellung einnehmen.

Demgemäß erklären wir, daß alle unsere Sectionen der Bildung dieser „Allgemeinen Liga“ vollständig fremd geblieben sind, daß keine irgend welchen Theil daran oder irgend welchen Becht damit gehabt hat. Wir können sogar versichern, daß bis jetzt keine Arbeiterverbindung außerhalb der Internationalen Arbeiterassoziation dieser „Liga“ sich angeschlossen hat, was auch für die übrige Schweiz gilt.

Genf, 4. April. Mit brüderlichem Gruß

Im Namen des Comité fédéral Régional Suisse.

Der Vorsitzende: Monin. Der Secretär: Postleb.

Der correspondirende Secretär: Soubevrant.

Unser Sitzungslokal ist im Café Scheibling, Place Grenand. Alle sozialistischen Blätter werden gebeten, diese Erklärung zu drucken.

*) Diese Erklärung ist uns in französischer Sprache zugegangen. Red. d. „S.“

Gewerksgenossenschaftliches.

Allgemeiner deutscher Schiffszimmerer-Verein.

Hamburg. Zur Beachtung. Den Mitglieder des Allgemeinen deutschen Schiffszimmerer-Vereins zeige ich hiermit an, daß wir Remeter Kollegen durch ihre Organisation schon etwas Erfreuliches ohne Arbeitniederlegung erlangt haben. Sie erhalten einen Lohn von 1 Thlr. 15 Gr. Dieses ist auch für unsere Remeter Kollegen erforderlich, da sie ihre sämtlichen Lebensbedürfnisse in Mithen sehr theuer bezahlen müssen.

Von Seiten der Arbeitgeber war dies aber nicht der Grund, daß sie sich schon nach drei Tagen nachgiebig zeigten, sondern sie sich gedrängt haben, ihre einmal angenommenen Arbeiten fertigzustellen, und dann die Furcht, daß die Remeter Schiffszimmerer Mitglieder des Allgemeinen deutschen Schiffszimmerer-Vereins sich, und daß derselbe es vermag, kraft seiner trefflichen Organisation die Wuth der ausbeutenden Arbeitgeber abzuwehren. Mögen sich aber die Herren Arbeitgeber merken, daß es nicht um Aufgabe ist, wenn man uns mit Füßen tritt, bloß abzuweichen, sondern wir Mitglieder des Allgemeinen deutschen Schiffszimmerer-Vereins haben uns als Hauptaufgabe gestellt und werden mit Kraft daran zu arbeiten wissen, das sozialdemokratische Prinzip zur Geltung zu bringen, welches die Lohnarbeit verewicht. Deshalb ist es Pflicht für diejenigen Schiffszimmererleute, die nicht zu uns gehören, daß sie herantreten und für die Rechte und Pflichten des Vereins einstehen. S. Rümpel

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Leipzig. An die Kollegen in der Schweiz! Als wir einigen Jahren den Aufruf zur Gründung einer Gewerkschaft alle Länder und Gauen hinaus sandten, da waren unsere Collegen in Zürich die einzigen Nichtdeutschen, die die Nothwendigkeit einer allgemeinen festen Organisation befürworteten, sie waren die einzigen, die mit uns in den Ruf einstimmten: Arbeiter aller Länder vereinigt Euch! Sie waren es, die weder Grenze noch Nationalitäten und die sich sagten: die Lage der Arbeiter, deren Bestrebungen sind überall gleich, sind ein und dieselben; gilt mit vereinten Kräften Noth und Uebelstände, die Mängel und Schäden zu beseitigen und auszurotten, es gilt mit vereinten Kräften der äppig wuchernden und spekulirenden Kapitalmacht, die arbeitende Volk ausbeutet und unterjocht, einen Damm entgegenzusetzen, es gilt eine feste Organisation zu schaffen, um die Macht ebenbürtig entgegenzutreten zu können, es gilt eine körperliche und geistige Vorsehrung in unserm Geschäft herbeizuführen. halle es aus der freien Schweiz von unseren Collegen zurück, wir waren erfreut über das bereitwillige Entgegenkommen, den regen Geist, über den festen Willen und die richtige Auffassung der Bedeutung des allgemeinen und großen Vorhabens. als sich bei Ausbruch des Krieges die Verletzung des Brevets notwendig machte, da konnten wir ohne Besorgnis die Verantwortung in ihre Hände legen, da im Verlehr und in der Besorgung der Geschäfte stets die größte Pünktlichkeit und Gewissenhaftigkeit geherrscht hatte, so daß die Mitgliedschaft Zürich für uns unaufergänglich dastand.

Leider sollte diese Freude nicht lange dauern, denn wenige Wochen nach der begeisterten Ansprache der Züricher, in welche die Mitglieder anwesenden und anspornten, unablässig für die Erweiterung und Befestigung der Organisation und unserer Bestrebungen überhaupt thätig zu sein, führten sie das unerhörte Spiel auf, in einigen unstillhaltigen und für freie Schweizer Arbeit unzulässigen Erklärungen nicht nur als Verwaltungscomité, sondern auch als Mitgliedschaft überhaupt, nicht mehr mit uns gemein für Menschenrecht und Menschenwürde zu wirken. Unerhörte, begreiflich für uns. Wie ein Bligstrahl aus heiterem Himmel uns diese Nachricht. Die Männer, die wir für selbstsüchtig und erschütterter hielten, wichen nutzlos zurück. Männer, die sich kurzer Zeit so glühend ausgesprochen, Männer, die wir als Vorbild stets betrachtet hatten, die noch vor Kurzem uns gerufen: haltet fest und hoch das internationale Banner! sie traten nur noch für sich in der Schweiz, abseits der großen Arbeiterbewegung, thätig sein. Wie würdet Ihr wohl, Kollegen in der Schweiz, gerührt haben, wenn wir uns solcher Handlungen schuldig gemacht hätten? Hättet Ihr uns nicht als in dieser Hinsicht untreu und beschränkt erklärt, und das mit Recht? in Euch nicht bald der Gedanke einer ungerechten Handlung die Ihr an uns und an der Arbeiterbewegung überhaupt verurteilt, indem Ihr uns so kalt und gefühllos Eure Abtreue erklärt? Wie war es Euch möglich, Euch Brüder und Kollegen zu nennen, die weder Grenze noch Nation kennen? nutzloses Zurückweichen war auch Gegenstand der Besprechung unserer letzten Generalversammlung, und es wurde entschieden, daß die Verantwortlichkeit und die Schuld unabweislich auf Euch ruhte. Ihr mit einer so wichtigen und theueren Sache so leichtsinnig habt treiben können.

Collegen in der Schweiz, die Ihr mit uns den richtigen Weg eingeschlagen hatten, Ihr seid der Vereinstheorie verfallen und beweist dadurch, daß Ihr die Tragweite der sozialen Bewegung nicht kennt, Ihr habt durch Euren Austritt die Parole der Arbeiter: Einer für Alle und Alle für Einen! mit Füßen getreten. Ihr wollt nicht mit uns vereint die einstmaligen von Euch selbst anerkannten Uebelstände beseitigen.

Anstatt zu sehen und zu hören wie Tausende von Arbeitern sich zusammenscharen und geistig erwachen, zeigt Ihr das beschämende Gegenbild. Laßt Euch nicht die Vorwürfe geistiger Verkommenheit machen, sondern tretet heraus auf den Kampfplatz, wenn Ihr Mäner und nicht mutlos sein wollt.

Heraus aus Euren Schlupfwinkeln und betretet das offene Feld und helft durch Euer Eingreifen den Sieg rasch und schnell erringen, dann könnt Ihr mit Stolz und Freude sagen: wir thun unsere Pflicht und Schuldigkeit mit Bewußtsein und Ueberzeugung, um unser gefallenes und verfallenes Geschäft auf einen achtungs- und ehrenwerthen Standpunkt zu bringen. So lange Ihr das nicht thut, werden wir nicht aufhören, mit Fingern auf Euch zu zeigen und Jeder Colleague soll erfahren, welches frevelhaftes Spiel Ihr einstmalig mit uns getrieben habt. Wir wollen hoffen, Ihr werdet dies vermeiden und werdet so schnell als möglich Euren verlassenen Platz wieder einnehmen und unsere Lösung soll von Neuem sein: Mit vereinten Kräften vorwärts!

A. Schäfer.

Correspondenzen.

Leipzig, 10. April. Bekanntlich hatten die „Leipziger Nachrichten“ behauptet, daß bei der Reichstagswahl am 10. Januar in Kleinschoder der Wahlvorsteher gesagt habe, er habe nicht ordnungsgemäß um 6 Uhr schließen können, „weil sonst die Sozialdemokraten ihn todgeschlagen hätten“. Der Wahlvorsteher erklärte dies für unmaß, worauf die Redaktion erklärte, dem „Berichterstatter“ die Verantwortlichkeit überlassen zu müssen. Kürzlich nun, nach circa einem Vierteljahre, erklärten die „Leipziger Nachrichten“, daß die ganze Geschichte aus der Luft gegriffen sei. So wird frisch in die Welt hinein gelogen und man getraut sich dann nicht zuzugeben, daß man gelogen. „Berichterstatter“ soll die Sache hintennach abgemacht werden.

Für uns wäre nur interessant zu erfahren, ob die Redaktion oder der „Berichterstatter“ oder ob sie alle Beide gewußt haben, daß ihre Behauptung eine Lüge war. Denn daß dies erst so spät eingestanden wird, ändert an der Sache gar nichts.

Leipzig, 10. April. Zu Neureubung in der Tonhalle fand am 5. Januar dieses Jahres eine Volksversammlung statt, wo Bloss die gesetzgeberische Thätigkeit des Reichstags kritisierte und Häblich praktische Beispiele dazu vorführte. Es wurde die Wahl Johann Jacoby's empfohlen. Der Polizei-Expeditent Heimburger, welcher die Versammlung überwachte, berichtete hierauf an die Staatsanwaltschaft, daß Bloss gesagt hätte: „Die ganze heutige Gesellschaft, sowie sämtliche Einrichtungen des heutigen Staats beruhen auf der Verkümmung des Volkes“; sowie daß Häblich das Militär als „Spigbuben in Waffen“ bezeichnet habe. Die Staatsanwaltschaft hat hierauf auf Grund des § 131 des Strafgesetzbuchs Anklage erhoben. Bloss konnte bei der Voruntersuchung selbstverständlich durchaus nicht zugeben, daß er einen solch blödsinnigen, noch dazu ganz dem Stille des Strafgesetzbuchs angepaßten Ausdruck gethan haben sollte. „Einrichtungen des Staats“ sind auch Post, Eisenbahnen etc., von welchen Niemand behaupten wollen wird, daß sie auf der Volkverdummung beruhen. Daß der Herr Heimburger Bloss solche Dinge zumutet, wird durch Stellung zahlreicher Entlastungsgenossen zweifelsprechend beleuchtet werden. Ebenso hat Häblich nach seiner zu Protokoll gegebenen Aussage nur den Ausdruck Molle's: „Volk in Waffen“ ist so viel als Spigbuben in Waffen“, den Molle in der Commission für das Militärstrafgesetzbuch gethan hat, citirt und nicht entfernt daran gedacht, selbst das Militär Spigbuben in Waffen zu nennen. Wir hoffen, daß dieser Prozeß sich so interessant entwickeln wird, daß künftighin die Polizei es sich doch bedeutend überlegen dürfte, bis sie wieder Leute zum „Ueberwachen“ in politische Versammlungen schickt, die wie Herr Heimburger nicht einmal die Bildung oder Befähigung zu einer für die mittleren Schulklassen genügenden Wiedergabe, geschweige denn Beurtheilung einer politischen Rede besitzen.

Dresden, 1. April 1874. (Abrechnung über die beim Landeswahlausschuß zu Dresden eingegangenen und verausgabten Gelder vom 4. September 1873 bis 15. März 1874.)

A. Einnahmen: Ertrag von Partei-, Volksversammlungen und zwei Arbeiterfesten Thlr. 142 8 6, durch Garibaldi Thlr. 2, durch die Fabrik von Lange u. Jödicke Thlr. — 21 5, durch Weigner Thlr. 3 17 5, durch H. u. U. Thlr. — 12, durch Schifferer Thlr. — 5, durch Kuppmann Thlr. 1, durch Pfigner Thlr. 1, durch Trieb Thlr. — 5, durch Engelmann Thlr. 1 2 5, durch Ritter's Fabrik Thlr. — 16 5, durch Pehold Thlr. 6 13 5, durch Kobisch Thlr. — 15, durch Köppler Thlr. — 10, durch Weigmann für Inserate von der Partei zurückgehalten Thlr. 9 16, durch Unbekannt Thlr. — 20, durch Ungenannt Thlr. — 5, durch Hütter Thlr. — 10, durch Klopffleisch Thlr. — 21 6, durch G. Schirmer Thlr. — 7 5, durch Matthes Thlr. 5 21 3, durch Cerani Thlr. 3 25 8, durch Schmieder aus der Tischlerwerkstatt von Bod Thlr. 2 7 5, durch Biedermann Thlr. 15 14, durch Benediger Thlr. 3 14 5, durch Hartmann Thlr. 5 9, durch Koch bei einer Kindtaufe gesammelt Thlr. — 15, durch Barthel Thlr. — 18 1, durch G. Weisenfels und Ernst Weisenfels Thlr. 7 13 7, durch Gähler Thlr. 4 5 5, durch Weigmann Thlr. — 23 5, durch Liste Nr. 1177 Thlr. — 3, durch Trieb's Thlr. — 25, durch J. J. Thlr. — 10, durch Feidler Thlr. 1 15, durch Loitenburger Thlr. 24 2, durch Liste Nr. 1386 Thlr. — 29, durch Liste Nr. 1389 und 1390 Thlr. 4, durch Hermann Eichhorn Thlr. 2 28, durch Krause Thlr. — 10, durch Franz Eichhorn Thlr. 6 14 5, durch Grube Thlr. — 7 5, durch Kagnert Thlr. — 20, durch die Nähmaschinenfabrik „Vulkan“ Thlr. 1, durch Angermann Thlr. — 7 5, durch Kampelt Thlr. 4 14 5, durch Schmieder in Rädzig Thlr. 1, durch R. R. zur Verwendung im Viehweidlichen Wahlkreis Thlr. 50, durch Voje von Dresden Buchdruckern theils durch Aufruf von Chemnitz, theils durch Wahlfondstischen und Vereinsversammlungen Thlr. 18 11, durch Venteris Thlr. 10 18 6, durch Eger Thlr. — 25, für „Volkboten“ und „Volkstaat“ (Agitationsnummern) in Volksversammlung am 9. Jan. 1874 Thlr. — 16 9, durch Reinsperg Thlr. — 13 5, durch D. S. Thlr. 100, durch Dörig Thlr. 1 10, durch Otto Hofmann Thlr. — 22, durch J. Auer Thlr. 20 18 6, durch Schwenker Thlr. 6 27, durch Debig Thlr. 1, durch K. S. Thlr. — 5, durch Heyn Thlr. — 15, durch Thomas (Formel) Thlr. 1, durch Münchert Thlr. 2 27 4, durch Pöschel Thlr. 1 22 5, durch Hauffe Thlr. — 11, durch J. Kemp Thlr. 3 10, durch

Geißler (Schuhmacher) Thlr. 1 10, durch S. Thlr. 1, durch Mg. Thlr. — 10, durch Th. Thlr. — 5, durch A. Thlr. — 10, durch D. Thlr. 1, durch W. B. E. Thlr. — 21, durch Zimmer von der Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer Thlr. 10, von der Gewerkschaft der Maurer Thlr. 4 18, durch T. Thlr. 1, durch B. St. Thlr. 1, durch Schmiedel Thlr. — 18, durch Julius Jenisch Thlr. — 10, durch W. S. Thlr. — 20, durch E. Thlr. — 7 5, durch Froberg Thlr. 2 2 9, durch Kiegl Thlr. 1, durch R. Thlr. — 5, durch den Arbeiter-Bildungsverein Thlr. 26 28, durch Hofmann in Hainichen Thlr. 1 9, durch Benzl in Reuweißhufe Thlr. 1 25, durch für „Freiheit“ aus Striegen Thlr. — 7 5, durch Eduard Schellenberg in Werdau i. S. Thlr. 10, durch Hofmann in Zwickau Thlr. 13, durch Emil Spiegler in Bruchsal in Baden Thlr. 2, durch S. in Fischbach Thlr. 1, durch Verstein in Berlin Thlr. 26 20, durch van der Seeden in Berlin Thlr. 5, durch Kresschmar in Oberlösnitz Thlr. — 10. Summa Thlr. 607 1 5.

B. Ausgaben: Für Kassabuch und Papier Thlr. — 9 5, für Druckkosten Thlr. 170 16 5, für Depeschen Thlr. 3 5, für Briefporto Thlr. — 17, für Concerts Thlr. — 5, für 2 Expl. des „Dresdener Anzeigers“ Thlr. — 4, für Papier zu Wahlausrufen, Flugblättern und Stimmzetteln Thlr. 47 29, für Mehl zu Kleister Thlr. — 1, für Kosten der Volksversammlungen in Pöschwitz und Odenm Thlr. 6 4, für Inserate in „Dresdner Nachrichten“ und „Anzeiger“ Thlr. 17 24, für polizeiliche Erlaubniß zum Arbeiter-feste Thlr. 1 21, für Verschiedenes am 10. Jan. 1874 Thlr. 9, für Entschädigung veräumter Zeit am Wahltag Thlr. 7 20, für Fracht nach Stolberg (an Hofmann) Thlr. — 29 5, für Brade's Wahl (an Häblich) Thlr. 9, für Auer für Agitat. Thlr. 45 29 5, für Biedermann Thlr. 1, für Wahl in Freiberg für Agitation und Porto Thlr. 50 14 5, für Petrich f. Agit. Thlr. 14, für Kayser f. Agit. Thlr. 14, für Kemp f. Agit. Thlr. 4 23, für Walter für Agitation und Verläge Thlr. 42 1, für Oesterle für Agit. Thlr. 25 2, für A. B. Wolf f. Agit. Thlr. 24 2, für Hermann f. Agit. Thlr. — 10, für Gähler Thlr. 8 5, für Gerstenbergers Reise nach Berlin Thlr. 3 22 5, für Fertigstellung der Wahlkreis-Listen Thlr. 7, für Ulke in Chemnitz Thlr. 5, für Klopffleisch Thlr. — 3, für Erdem Thlr. 12, nach Walthem Thlr. 2 15, an Loitenburger f. Agit. Thlr. 8, an Redestock f. Agit. Thlr. 1 10, an Pehold f. Agit. Thlr. 6, an Pehlan Thlr. 1, an Schütte Thlr. — 15, an die Gewerksch. der Schuhmacher f. Agit. Thlr. 3, an den 6. Wahlkreis f. Agit. Thlr. 29 26, an Leibniz Thlr. — 10, an Schambacher Thlr. 1 10, an Pieschmann in Königsbrück Thlr. 5 12 5, an Berger Thlr. 2, an Witta Thlr. — 10, Gratification für Rad-dreher der Druckmaschine Thlr. — 5, für Stimmzettelbrecher Thlr. — 10, für Wahlzettel-Austragen an Engelmann Thlr. — 20, für Anschläge von Plakaten Thlr. 9, für Stimmzettel-Austragen Thlr. 1 15, an Dienstmann für Agit. Thlr. — 5, für Inserate im „Volkboten“ Thlr. 23 19 5, Vorschuß an den „Volkboten“ Thlr. 65 28 2, an Schauer für veräumte Zeit Thlr. 1. Summa Thlr. 696 8 2.

Bilanz: Ausgabe Thlr. 696 8 2, Einnahme Thlr. 607 1 5, Meist Defizit Thlr. 89 6 7. Vom Dresdner „Volkboten“ retour zu zahlender Vorschuß von Thlr. 65 28 2. Bleibt Defizit Thlr. 23 8 5.

Reichensbach, 6. April. Unsere Wahlerfolge auf dem Lande, sowie der prahlende nationalliberale Siegesjubel veranlaßte die Conservativen aus ihrer Passivität herauszutreten und in Gründung von reichstreuem gemäßigten Vereinen zu machen, damit zum Wohle der schon sehr glücklichen Menschheit auch fernerehin Thron und Altar gesichert sei vor der so thätigen Unstückerie der Sozialdemokraten. Für Sicherung des Kapitals etc. sorgen die National-liberalen vorzugsweise, in allen andern Fragen, die Freiheit und Volkswohl betr., gehen sie mit den Conservativen, obwohl sie deren „Reichstreue“ nicht recht trauen wollen, da Letztere bei Festlichkeiten der höchsten Deutschen nicht offen genug ihre Anhänglichkeit durch Schmausereien etc. beweisen wollen. Diese gegenseitigen Complimente dünken und als Kinderspiel, da wir wohl wissen, was wir von beiden Parteien zu erwarten haben. Wir gehen in gewohnter Art vorwärts, vermöchten indeß bis daher einem Bedürfnis der Ruhe nach so gewaltiger Anstrengung nicht zu widerstehen und halten die Erörterung der Frage: „wie die gewonnenen Stimmen für unsere Sache fernerehin zu erhalten sein werden“, für das notwendigste Thema einer baldigen Bezirksconferenz. Wohl dürfte sofort mit Gründung von Parteimitgliedschaften zu antworten sein, allein die polizeiliche Fürsorge, welcher sich die Parteimitglieder auch hier zu Lande erfreuen, dürfte ängstliche Landbewohner zum Nichtwiederkommen veranlassen, zudem ist noch die Frage in Erwägung zu ziehen, auf wie lange man den Parteigenossen gnädig gestatten wird, der Partei anzuhören, da auch hierorts vom Gerichtamt von den Parteigenossen die Beachtung der §§ 18 und 19 des Vereinsgesetzes vom Februar v. J. ab verlangt wurde, in Folge dessen dieselben an die königl. Kreis-direktion Zwickau appellirten und deren Entscheidung noch erwarten. Der Vertrauensmann.

Gotha, 9. April. Die an den beiden Oster-Freiertagen, 5. und 6. April tagende Landesversammlung der Thüringer Parteiengenossen, an welcher 22 Delegirte die Parteimitgliedschaften und verschiedene Gewerkschaften der Orte Apolda, Arnstadt, Berka a. d. Ilm, Coburg, Eisenach, Erfurt, Gotha, Meiningen, Mühlhausen, Müchelnbernsdorf, Neustadt a. d. Orla, Sommerda, Straußfurt, Weida und Weimar mit ca. 1836 Mitgliedern vertraten, beschäftigte sich, nachdem sie den Rechenschaftsbericht über die bisherige Thätigkeit des Agitationscomitès und dessen Ueberlieferung von Weimar nach Erfurt entgegengenommen, zunächst mit der Frage: ob, nach den bisherigen, keineswegs voll-genügenden Erfahrungen das Agitationscomité zu erhalten sei. Nach längeren Verhandlungen über die Wichtigkeit einer die Thüringer Mitglied- und Gewerkschaften zusammenfassenden Centralisation, die Ursachen der bisher nicht zufriedenstellenden Wirksamkeit des Comitès, sowie der lauen Theilnahme für dasselbe seitens der Mitgliedschaften, die Art seiner Organisation, endlich über die Nothwendigkeit von Agitationsmittelpunkten für die einzelnen Wahlkreise, einigte man sich über folgende Grundzüge: „Die Landesversammlung wählt jedesmal den Borort eines Verbands- und Agitationscomitès zur Zusammenfassung der Partei- und Gewerkschaftsbewegungen in Thüringen. Gleichzeitig übernimmt die Mitgliedschaft jedes Hauptortes eines Wahlkreises die spezielle Agitation in letzterem, sammelt freiwillige Beiträge für seine Wirksamkeit und führt den auf 1 Sgr. vierteljährlich für jedes Mitglied festgesetzten Beitrag für das Verbandcomité an dieses ab. Letzteres hat die Aufgabe: jährlich eine Landesversammlung zu berufen, die Statistik der Arbeiterverhältnisse Thüringens aufzunehmen, in rechtlichen Fragen den einzelnen Mitglied- und Gewerkschaften möglichst Anstalt zu geben und die Agitation nach seinem Ermessen und den ihm zu Gebote stehenden Mitteln in der Art zu betreiben, daß zunächst die entlegeneren und mehr vernachlässigten Orte vorzugsweise berücksichtigt werden, bis dort der

Hauptort: Mitglied- oder Gewerkschaften fest zu begründen, erreicht ist. Für die Auflösung des bisherigen Verbandcomitès erhoben sich von 13 anwesenden nur 2 Delegirte.

Auch wurde das Verbandcomité, in Ermangelung eines Parteiorgans in Thüringen, dessen Begründung sich nach den bisherigen Erfahrungen als unausführbar erweist, beauftragt, verständigweise vierteljährlich ein Flugblatt zu veröffentlichen. Als Agitatoren wurden von der Versammlung die Parteigenossen: Bod, Giffen, Ufert, Krauthaus, Wolf und Reichelt bezeichnet.

Interpellationen an das ehemalige Agitationscomité in Weimar wegen der einseitigen Verwendung des Ueberflusses, welchen das im Sommer in Weimar abgehaltene sog. Thüringer Arbeiterfest ergab, für die Wahlagitator im Weimarischen Wahlkreise, während anfangs auch Mitgliedschaften anderer Kreise Beihilfe zur Wahlagitator in Aussicht gestellt worden zu sein schien, wegen des Verschwendens bei der mit dem Arbeiterfeste verbundenen Lotterie und wegen unterbliebener Veröffentlichung des Rechenschaftsberichts erlegte sich nach der Auskunft der Betreffenden damit, daß die Versammlung weder ein Mißtrauen über die Kassaführung selbst zu hegen Ursache, noch gegen die Verwendung des Ueberflusses besonders für den Weimarischen Wahlkreis etwas einzuwenden fand, dagegen das formelle Verhalten des damaligen Agitationscomitès, auch in seiner Beziehung zum Arbeiter-Festcomité, als nicht ganz correct bezeichnete.

Nach wurde der schon auf der vorjährigen Landesversammlung in Pögned gefaßte Beschluß eine Statistik der Thüringer Arbeiterverhältnisse aufzustellen, in Erinnerung gebracht und dem gewählten Borort Gotha zur Ausführung überwiesen. A. Windler.

Coburg. Wie anderswo beabsichtigten die nationalliberalen Reichsräthler auch hier einen liberalen Orts- und Landesverein zu gründen. Es ist zu bedauern, daß diese Herren erst jetzt mit dieser Gründung zu Tage treten; vor der Wahl hätten noch viele Arbeiter, die gegen uns stimmten, Gelegenheit gehabt, sich von dem Hund zu überzeugen, den die Nationalliberalen in ihren Vereinigungen mit dem Volkswohle treiben. Willkommen sind uns die politischen „Gründer“ aber auch jetzt, und je mehr sie gründen, desto eher kommt der „Reich“.

Stahfurt, 3. April. Der Ausschuß sagt in seiner heutigen Veröffentlichung der neu gebildeten Mitgliedschaften Hochfiedt anstatt Hochfiedt. Außerdem sei mitgetheilt, daß Unterzeichneter in dem am 27. v. M. stattgefundenen Termine wegen Vertheilung resp. Inhalt des Polling'schen Liedes „Deutscher Arbeiter-Marsch“, nach einer schmerzhaften Anklage des Staatsanwalts zu Coburg, worin natürlich „Pariser Commune“, „Communismus“, „Anarchie“ u. s. w. die Hauptphrasen waren, und nachdem Benannteter 6 Monate Gefängniß, mit Ausschluß der Geldabmahlung, beantragt, zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt. Der Rechtsan-walt will Einspruch erheben. W. Fischer.

Jork N.-L. Am 9. März hatten wir hier eine öffentliche Versammlung anberaumt, in welcher der Reichstagsabgeordnete Most über: „Die Lage des Arbeiterstandes und wie ist dieselbe zu verbessern“ sprechen sollte; trotzdem nun Herr Wegner aus Berlin zweimal benachrichtigt hatte, daß Most zugesagt habe, war derselbe nicht erschienen. Die Versammlung war so stark besucht, daß viele wieder umkehren mußten. Parteigenosse Boltschad übernahm das Referat, doch war trotz seiner vortrefflichen Ausführungen die Versammlung bei keiner rechten Ruhe zu erhalten, und erst als von uns die Versicherung gegeben wurde, daß im Laufe der nächsten Woche wenn möglich noch eine Versammlung stattfinden sollte, legte sich der Unwille. Wir erhielten dann die Zusage, daß Bahleisch zum 13. März kommen würde. Da die Zeit zu kurz war, um die Versammlung in beiden Lokalblättern bekannt zu machen, ging Unterzeichneter zum Bürgermeister, um Erlaubniß einzuholen, die Plakate anzuschlagen, was jedoch vom Bürgermeister verboten wurde. Es blieb uns nun noch ein Lokalblatt, aber trotz dieser mangelhaften Bekanntmachung war der Saal gedrängt voll. Tagesordnung war: „Die religiöse Frage und die Sozialdemokratie.“ Bahleisch erläuterte zunächst, wie die Religion entstanden und wie sie sich bis auf den heutigen Tag fortgepflanzt habe; beim Sozialismus angelangt, verglich er die frühere Sklaverei und Leibeigenschaft mit der jetzigen Lohnsklaverei. Die Versammlung gab durch stürmischen Beifall ihre Uebereinstimmung mit dem Redner zu erkennen. Nach einer kurzen Pause leitete Referent auch noch den Contractbruch-Gesetzentwurf und führte dabei aus, daß, wenn dieser Entwurf Gesetz werden sollte, der Arbeiter dabei am schlechtesten wegkommen werde, indem der Arbeitgeber eine Geldstrafe zahle, der Arbeiter aber in Haft genommen würde, weil er die Geldstrafe nicht bezahlen könne. Es wurde deshalb beschlossen, eine Zuschrift an den Reichstag zu richten, welche die Beseitigung des Contractbruch-Gesetzentwurfs verlangt. Besagte Petition ist denn auch mit nahezu tausend Unterschriften an den Reichstag abgesandt worden.

Mit dem Stand unserer Partei können wir zufrieden sein; unsere Mitgliedschaft ist seit einem Jahre von 20 auf 120 Mitglieder gestiegen und die Volksstaatabonnenten von 7 auf 36, und hoffen wir, daß wir jetzt zwei tüchtige Lokalagitatoren besitzen, bald aber bessere Fortschritte berichten zu können.

Mit Gruß Robert Bobusa. Pöding (Oberbayern). Wie man mit Arbeitern umspringt. Der verheiratete Tischlergeselle Wimmann war als Ulfordant mit noch drei Gehilfen beim Tischlermeister Michael Hauber daselbst in Arbeit, und sollte jeder derselben per Tag zwei Gulden erhalten. Seit 10 Tagen erhielten dieselben aber keine Bezahlung mehr, und als am verfloffenen Charfreitag Wimmann und seine Collegen Geld verlangten, wurden sie von Hauber, welcher sich im Hause völlig verbarrikadirt hatte, mit Abschnitten traktirt, so daß ein Gehilfe nicht unerheblich am Kopfe verletzt wurde. Klage ist deshalb bereits erhoben und wird die Verhandlung am 15. d. M. beim dortigen Starnberger Gerichte stattfinden. Die Gehilfen sind nun vorerst ohne Geld und Arbeit und werden auch andere Collegen auf das Benehmen des Hauber aufmerksam gemacht, damit es ihnen nicht ebenso ergehe, wie den obigen vier Tischler-gehilfen.

Augsburg. (Berichtigung.) In der Abrechnung des Formersriedes in Nr. 33 muß es heißen: von Volkmarndorf (bei Leipzig) durch Lowz. Frz. Beyer 38 fl. 30 kr. (statt Partendorfer), Augsburg von der Maschinenfabrik durch Benzl 53 fl. 30 kr. (statt 35 fl. 30.), Gießerei Klaas 38 fl. (statt 41 fl.).

Essen, 3. April. Die Folgen der Reise sind auch bei uns eingetreten. Die Geschäfte gehen schlecht, auf den Kohlenzehen fortwährende Lohnabzüge, Arbeiterentlassungen und bei verschiedenen Gruben Reduktion der Arbeit auf vier Tage, um bei vermindertem Borrath die Kohlen zum alten Preise von 9—10 Gr. pro Centner abzusetzen. Vor drei Monaten konnte ein Arbeiter noch nicht mal welche bekommen, oder er mußte gleich einen ganzen Wagen nehmen, und die Arbeiter sind doch meistentheils nicht in der Lage, dieses zu können. Doch da hat Herr Reapp abgeholfen. Er verkaufte seinen Arbeitern Kohlen für den niederen Preis von

nur 7 Gr. pro Centner, doch das dauerte nicht lange. Als Krupp sah, daß viele Leute die billigere Kohle kauften, die wohl nicht Fabrikarbeiter waren, da wurde der Centner auf 9 Gr. gesetzt, wenn nun mal einem Arbeiter 1 Pfennig fehlte, dann wurde die Consumlarie einbehalten.

Nur bei Krupp geht es jetzt flott, besonders in den Kanonenwerkstätten. Krupp sucht in allen hiesigen und auswärtigen Zeitungen Schloffer und Dreher, aber man sagt nicht, welchen Lohn es giebt und wie alt die Arbeiter sein müssen. Die Folge war, daß aus allen Gauen Deutschlands, aus Elsaß-Lothringen, Holland, Belgien, Schweiz, Oesterreich und Ungarn Arbeiter eintrafen, und daß das Angebot die Nachfrage bedeutend überstieg. Viele Arbeiter wurden zurückgewiesen, weil sie über 40 Jahre alt waren. Die Affordräge, die an sich nicht hoch standen, wurden herabgesetzt und bei den spanischen Kanonen ein Gesamtabzug von 30 Thaler gemacht, ja es gibt Arbeit, bei der nicht einmal der Schichtlohn verdient wird. Neuester dann ein Arbeiter seine Unzufriedenheit hierüber, dann wird ihm einfach mit Entlassung gedroht, da man ja Arbeitskräfte hinreichend zur Verfügung hat. Aber so ist es, erst sucht man Arbeiter bei guten Affordrängen, und dann, wenn die Arbeiter an Ort und Stelle sind, sind sie jedem Zufall und der Willkür der Betriebsbeamten preisgegeben. Es ist daher notwendig, daß der Zugang nach hier ferngehalten wird, wovon die arbeiterfreundlichen Blätter gefälligst Notiz nehmen wollen.

Am 31. März wurden 15 Arbeiter entlassen, am 2. April 7 und so wird es weiter gehen.

Zum Kapitel der Lohnreduktionen sei noch folgende Anzeige bekannt gegeben, die in den Essener Blättern stand:

„Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurde uns, (einer Section von 15 Mann der 4. mech. Werkstätte), mitgeteilt, daß die ohnehin schon schlecht gestellten Accordsätze der preuß. Feldgeschütze noch einen Abzug von 20 Pr. zu erleiden hätten, in Folge dessen wir uns genöthigt sehen, die Arbeit niederzulegen. Zugleich wurde uns vom Herrn Werkführer Beller eröffnet, daß wir noch vierzehn Tage nach den neuen Sätzen zu arbeiten hätten, widrigenfalls wir von der Fabrik entlassen würden. Wir zogen daher das Letztere vor, um nicht unser Ehrgefühl und unsere Knochen der Fabrik ganz zu opfern. In Folge dessen wurde bei sämtlichen Portiers Anzeige gemacht, daß wir die Fabrik nicht wieder betreten dürften, um uns dadurch den Weg zu den höheren Vorgesetzten abzuschneiden.“

Essen, 31. März 1874.

Im Antrage:

H. Fuhrmann.

Spyer a. Rh., 25. März. (Zwei Maßregelungen, verbunden mit Polizeiwilktät) hatten letzte Woche zwei unserer Parteigenossen zu erfahren. Der eine, von einer Versammlung zurückgekehrt, wurde von Seiten seines Meisters angeklagt und des andern Morgens nicht allein mit den lieblichen Worten: sozialdemokratischer Bluthund u. dgl. traktiert, sondern der saubere Patron ging auch auf Thätlichkeiten über und endete die Sache natürlich mit Entlassung des betr. Arbeiters. Die liebe Polizei hatte darauf nichts Eiligeres zu thun, als bei den andern Meistern der betr. Branche herumzulaufen zu dem Zwecke, daß besagter Arbeiter keine Beschäftigung erhalten solle. Derselbe war dann genöthigt, abzureisen. Den andern, der im Begriffe war, seine Habseligkeiten zusammenzupacken, um von hier fortzugehen, ließ man auf das Polizeibureau citiren, woselbst ihm der Herr Polizeikommissarius eröffnete, daß seine Frau nicht völlig habe, mit einem so verruchten Sozialdemokraten, der den Umsturz predige und die Pariser Commune feiern wolle, mit fortzugehen. Das Protestiren dagegen half gerade so viel, daß sogleich zwei dienstbare Geister abkommandirt wurden, die — nöthigenfalls mit Gewalt — denselben daran zu hindern hatten, daß er dasjenige anrühre, was vom Herrn Commissarius als der Frau gehörig bestimmt wurde. Der eine der beiden Polizeibeamten machte denn auch seinem Herrn und Meister alle Ehre, indem er sich wie ein von der Kette losgelassener geberdete und unter fortwährendem Schimpfen und Toben u. A. die nicht sehr schmeichelhaften Worte: Lumpen, Schlingel u. dgl. zu Tage förderte. Der Zweck der ganzen Geschichte kann nur der sein, die Leute deshalb zu schikantiren, damit sie vom Prinzip ablassen sollen, oder aber die hiesigen Sozialisten moralisch todt zu machen.

A. Grabler.

Wien, 9. April. Um dem Streit, welcher unter den österreichischen Arbeitern ausgebrochen war, ein Ende zu machen, hatte sich in Graz ein Comité gebildet, welches für die Osterfeiertage einen allgemeinen österreichischen Arbeiter-Delegirtenkongress nach Baden einberufen hatte. Es wurden zu diesem Behufe von Seite des Comité's Einladungen erlassen an alle Orte, wo sich nur Parteigenossen überhaupt befanden. Das Comité erhielt in Folge dessen gegen 100 Zustimmungen, welche alle erklärten, den Delegirtenkongress zu wollen, selbstverständlich auch von Seite der „Volkstimme“. Als alle Vorbereitungen bereits getroffen waren, kam die Polizei und verbot den Delegirtenkongress, doch konnte diese nicht verhindern, daß die aus den Provinzen bereits sich auf der Reise befindlichen Delegirten trotzdem nach Baden kamen und auch die Wiener, welche den Wiener Journalen, seitdem Oberwinder dieselben unsicher macht, noch weniger Glauben schenken, bezogen sich nach Baden, wo sie dann auch wirklich die offizielle Bestätigung von dem Verbot erhielten. Was soll nun geschehen? war die allgemeine Frage, welche sich jeder zu beantworten suchte. Das mühselig zusammengelagerte Geld der Arbeiter sollte wieder umsonst hinausgeworfen sein; darüber war sich nun jeder klar, daß dies nicht ginge, ohne wenigstens im vertrauten Kreise irgend etwas gesprochen zu haben. Und man einigte sich daher auch bald, einen Anschlag zu veranstalten, in das benachbarte Ungarn, und in gegenseitigem Besammensein das Nothwendigste zu besprechen. Es fuhrten auch sämtliche in Baden anwesenden Delegirten mit dem nächsten Zug weiter nach Wiener-Neustadt und von da ging es zu Fuß nach Neudorf (Ungarn). Nur die Herren von der „Volkstimme“ waren nicht dazu zu bewegen, denn das Neustadt scheint ihnen gleich einem zu viel Licht ausstrahlenden Ort, welches diese Herren nicht verlassen können. Als nun alle so ziemlich aus Baden fort waren, sandeten die „Volkstimmer“ ihren General-Redner Metall nach Neustadt, dieser mußte von da aus nach Baden telegraphiren: „daß sich die Delegirten nach Neudorf begeben haben, um einen Congress abzuhalten“. Wer aus diesem Manöver nicht eine beabsichtigte Denunziation wahrnimmt, dem bleiben auf immer die Augen verschlossen. Natürlich hatten sie aber ihren beabsichtigten Zweck nicht erreicht, da die österreichische Polizei auf L. L. ungarischem Boden nichts zu schaffen hat und die ungarische Polizei vielleicht keine staatsgefährliche Action darin erblickte, wenn Arbeiter zusammenkommen, um über ihre engsten Interessen etwas zu besprechen. Als nun die Delegirten so ziemlich in Neudorf beisammen waren, erschien plötzlich Herr Metall und forderte die Versammlung auf, sich auf legalem Boden nach Wien zu begeben und im Verein „Volkstimme“ ihre Angelegenheiten zu besprechen. Dieses wurde natürlich mit einem Hohngeächter von Seite der Anwesenden beantwortet. Da man in Er-

fahrung brachte, daß nach der Abfahrt aus Baden noch einige Delegirte aus den Provinzen angekommen waren, welche von Seite der „Volkstimmer“ zurückgehalten wurden, wurden 3 Genossen nach Baden abgesendet, um die Antwort auf die Erklärung des General-Commissärs entgegenzubringen. Dort wurden unsere Delegirten beinahe mißhandelt, ein allgemeines Geschrei ertönte und unsere Genossen konnten nicht sprechen, dies veranlaßte auch einen noch aus der Provinz dort anwesenden Delegirten mit unserem Genossen weiterzugehen. Dieser Bericht wurde zur Kenntniß genommen und dann in vertraulicher Besprechung die Partei als konstituiert erklärt, mit dem Namen: „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Oesterreichs“. Ferner wurde das Programm besprochen, das vom 9. Wiener Arbeitertage verworfen und das Wiener-Neustädter, welches dem Eisenacher nahekommt, als Grundlage genommen, außerdem wurden die „Gleichheit“ in deutscher Sprache und die „Delnicky Listy“ in slavischer Sprache als Parteiorgane proklamirt, nebenbei wurde auch über Organisation gesprochen. Zum Schlusse theilte ich noch die Städte mit, welche durch Delegirte vertreten waren: Wien, Wiener-Neustadt, Schenibbs, Kolin, Prag, St. Steyer, Rindberg, Tabor, Peggau, Villach, Brodnitz, Linz, Haslau, Aufsig, Klagenfurt, Brevalien, Baden, Graz, Hannich, Nieder-Lichtenwalde, Brünn, Reuttschau, Schreiban, Preßburg, Mähr.-Schönberg, Brünn, Veslan, Johannesthal, Fürstfeld, Andritz, Aichst, Märzschlag, Hainfeld, Neustadt, Schwachat, Brud a. b. Reus, Steyr, Pilsen, Judenburg, Wels, Pest, Rastendorf, Zwittau, Oberlautendorf. Es waren daher gegen 50 Städte durch 74 Delegirte vertreten. Jedenfalls ein glänzender Wahrheitsbeweis gegenüber den geschäftigen Verleumdungen Oberwinders in den liberalen Zeitungen. Welche Wuth sich dieses Mannes bemächtigt hat, sein Häuflein immer mehr zusammenschmelzen zu sehen, beweist uns folgende von Unwahrheit und Denunziation strotzende Notiz, welche aus seiner Hand die Rinde in den liberalen Blättern Wiens macht:

„Wien, 8. April. (Orig.-Corr.) (Ein Arbeiter-Kongress.) Vertrauensmänner (?) von Arbeitern aus fast allen Ländern Oesterreichs waren gestern in der öffentlichen Versammlung des Vereins „Volkstimme“ erschienen, um sich über die Angelegenheiten, welche auf dem behördlich unterfertigten Arbeiter-Delegirtenkongress in Baden zur Verhandlung kommen sollten, auszusprechen. Bei Beginn der Sitzung wurde von dem Vorsitzenden eine Erklärung verlesen, in welcher Delegirte (?) aus Oesterreich (?), Niederösterreich (?), Salzburg (?), Tirol (?), Böhmen (?), Mähren (?) und Schlesien (?) Bewahrung einlegen gegen die Abmachungen, welche seitens der SeceSSIONisten (Parteigenossen des „Vaterland“?) in Neudorf, also auf ungarischem Boden, stattgefunden haben. Hierauf wurde über den Antrag debattirt, wonach der Verein „Volkstimme“ dieselbe Organisation erhalten soll, wie der deutsche Verein in Wien. Drei secessionistische Redner sprachen dagegen. Doch erfolgte die Annahme mit allen gegen zwei Stimmen. Die Bemerkung, daß die „slavische Arbeiterpartei“ zu den SeceSSIONisten übergegangen und daß eine föderalistische Organisation in Neudorf beschloffen worden sei, wurde mit allgemeiner Heiterkeit aufgenommen. Die Wiener Arbeiterschaft hat gegenüber den geheimbündlerischen SeceSSIONisten eine streng gesetzliche Haltung genommen. Sie hat Vertreter nach Neudorf geschickt, um die dort versammelten auf den legalen Boden zu verweisen. Sie hat sie eingeladen, nach Wien zu einer öffentlichen Vereinsversammlung zu kommen und dort ihre Wünsche vorzutragen. In diesen Tagen noch wird ein Aufruf an die österreichischen Arbeiter erlassen werden, welcher über die jüngsten Vorgänge genau referiren wird.“

Ich enthalte mich jeder Kritik über die angeführte Notiz und überlasse es den Parteigenossen, sich selbst ein Urtheil zu bilden, ob solche Leute noch auf den Namen Sozialdemokrat Anspruch zu machen haben.

Erklärung.

In Nr. 17 des „Volkstaat-Erzähler“ haben wir eine Rede von Alexander Jonas aus der New-Yorker „Arbeiter-Zeitung“ zum Abdruck gebracht. Ein Berliner Correspondent der „Königsberger Hartung'schen Zeitung“ nimmt hierauf Bezug und schreibt: „Der „Volkstaat“ bringt in seiner Beilage „Volkstaat-Erzähler“ aus der New-Yorker Arbeiterzeitung, die als „unser Parteiorgan“ bezeichnet wird, eine von Begeisterung glühende Rede des Herrn Alexander Jonas. Dieses ist der bekannte Berliner Buchhändler, einmals Hauptagitator für Jos. Jacoby; er war hier Direktor einer Schulz-Deitsch'schen Volksbank, befehlt diese um viele tausend Thaler, verschwand mit einer Contabine nach Amerika, um nun in New-York Führer der Sozialdemokraten zu werden, und sich öffentlich über die Bornirtheit und bodenlose Ignoranz zu beklagen, wenn man Sozialismus mit der Phrase „Nun ja, allgemeine Theilung!“ abzutun meine.“

Sollte die „Hartung'sche“ bezüglich der Persönlichkeit des Herrn Jonas Recht haben, so werden wir gern ein Versehen unstrerseits constatiren; können indes nicht umhin, die Art und Weise, wie der Berliner Correspondent Kapital aus der Sache zu schlagen versucht, als bodenlos albern zu bezeichnen. Wenn Jemand sagen wollte, Herr Köster-Mühlfeld sei nach Königsberg gegangen, „um“ dort der Präsklax Bismarck's zu werden, so hätte das schon eher einen Sinn; wer aber behauptet, Jonas sei nach Amerika geflüchtet, „um“ Führer der Sozialdemokratie zu werden, der beweist, daß er zu jener Sorte von Scribblern gehört, welche das Verleumdungs- und Schandgeld der Sozialdemokratie in Folge der Inspiration des Reptilienfonds zu ihrem Gewerbe erhoben haben.“

Wir werden uns in dieser Sache von unseren New-Yorker Freunden Auskunft erbitten und dann wiederum auf dieselbe zurückkommen.

Leipzig. Die Redaktion des „Volkstaat“.

*) Nachträglich finden wir oben citirten Artikel als Original-Correspondenz gleichlautend in verschiedenen Blättern. Er geht also vom Preßbureau aus. Schön Dank, Herr Regidi!

Briefkasten

der Redaktion. A. G. in Glogau: Artikel erhalten. Brief an Dich schon vor 14 Tagen nach Glogau abgegangen. Nach Hamburg: Der Artikel über die Volksversammlung leider für diese Nummer zu spät. E. Lübeck in Jünnern: Die eingesandten Schriftstücke sind nach Hamburg abgegangen. Brief folgt. „Ein Freund der sozialen Reform“: Sie irren sich, wenn Sie glauben, daß das „Buch aller Väter“, die Bibel des Christenthums, auch als Bibel des Sozialismus zu verwenden sei, sowie Ihrem Rathschlag, uns mit den „Organen der Regierung“ ja nicht zu verbinden, keine Bedeutung beigemessen werden kann. Emilie W. in Dresden: Wir erlauben Sie dringend, uns mit Ihren Postkarten zu verschonen, da wir weder Traumbilder sind noch für Visionen und „Worte Gottes“ Berühmtheit besitzen.

B. in Dresden: Durch das Zusammenwirken verschiedener Umstände mußte diesmal die Fortsetzung des Artikels „Zum Proseß Bazaine“ nochmals ausfallen. Derselbe wird in nächster Nummer erscheinen.

der Expedition. Schreibe hier Ab. 2. D. 16 Gr. Genu Sonnenberg Schr. 1 6. Stribrgr Sonnenberg Schr. 2 Thlr. Mür Colp. hier Ab. 19 Thlr. Epph hier Schr. 2 Gr. Rit hier Schr. 5 Gr. P. Stiff Salonik Ab. 2. D. Thlr. 1 20. R hier Ab. 1. D. 16 Gr. Sprung Gantsch Ab. 2. D. 16 Gr. Del Scheibbs Ab. 2. D. Thlr. 1 4. Jdlich hier Ab. 2. D. Thlr. 4 20. E. Brndt Dirschberg Schr. Thlr. 2 20. Bghm hier Schr. Thlr. 1 3 7. Schman Limbach Ann. 12 Gr. Sähj Graz Ab. 2. D. 17 Gr. Edwig hier Schr. Gr. 24 5. Endrs Greiz Schr. 3 Thlr. 6 Pf. Metallarbeitergew. Berlin Ann. 10 Gr.

Fond f. pol. Gemäßigtheit.

Frei v. Regg hier 3 Thlr. P. Stiff Salonik Gr. 22 5. Slymn Pflischma 22 Gr. J. G. Dr hier 1 Thlr.

Nach

Die Gefinnungsgenossen von Nachen, Burtfeld, Gschweiler werden zu einer Besprechung auf Sonntag, den 19. April, Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Kellisen (Ecke des Rehnplatzes und der Kadolpstraße) eingeladen.

Nachen, 12. April 74.

Mit los.-dem. Gruß: J. Marx.

Berlin

Gewerkschaft der Manufakturarbeiter. Sonnabend, d. 18. April, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Mäwes, Weberstraße 24/a. Vortrag des Herrn Wegner über die Gewerbesgesetznovelle.

In dieser Versammlung darf keiner fehlen und Jeder hat für einen guten Besuch zu wirken.

E. Fiter.

Berlin

Metallarbeiter-Gewerkschaft. Alle Sonnabend, Abends 8 Uhr: „Geselliger Verkehr“ bei Rade, Auguststraße Nr. 80.

Die Mitglieder sind ersucht, sich zahlreicher als bisher einzufinden und ihre Beiträge zu entrichten; sowie neue Mitglieder zuzuführen. Der „Volkstaat“ steigt aus.

Havenith, Bevollmächtigter.

Frankfurt a. M.

Alle Restanten des „Volkstaat“ sowie der Schriften fordere ich hiermit zum letztenmale auf, mich innerhalb 8 Tagen zu bezahlen, widrigenfalls ihre Namen im „Volkstaat“ veröffentlicht werden.

Th. Raib, Indengasse 156.

Hamburg

Donnerstag, den 16. April, Abends halb 9 Uhr: Außerordentliche Generalversammlung des Kranken- und Sterbe-Unterstützungsvereins der Hamburger Schuhmacher, Große Rosenstr. 37 bei Häbner.

Tagesordnung: Der Gerson'sche Antrag in der Völgerschaft, in Betreff einer städtischen Krankenkasse.

Der Vorstand.

Leipzig

Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Freitag, den 17. April, Abends 8 Uhr: Deffentliche Versammlung im Goseuthal.

Tagesordnung: Sozialpolitischer Wochenbericht. Ref.: Kanert. — Diskussion.

D. S.

Leipzig

Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, d. 18. April, Abends halb 9 Uhr: Generalversammlung, Bindmühlstr. 7. — Rechnungsablage der Gewerkschafts- und Krankenkasse. Anträge.

Die Mitglieder haben nach § 26 der Statuten Alle zu erscheinen.

Der Bevollm.

Magdeburg

Der Sohn eines Parteigenossen von hier oder anderswärts, welcher Lust hat, das Schuhmacherhandwerk zu erlernen, kann unter sehr günstigen Bedingungen bei F. Frank, Breitenweg 70 in die Lehre treten.

[2a]

Vom 1. April ist meine Wohnung Haag Nr. 2 beim Restaurateur Schulz.

Jüterbog, den 10. April 1874.

R. Grunert. [3a]

Arbeits-Hosen.

- Aecht Englisch Lederhosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.
- „ Cord-Hosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.
- „ Starke Stoff-Hosen à Stück 2 Thlr. 15 Sgr.
- „ Militär-Drillhosen à Stück 1 Thlr.
- „ Baumwollene feste Arbeits-hosen à Stück 27 1/2 Sgr. empfiehlt

Louis Guttman

J. N] No. 24 Grimmische Strasse in Leipzig No. 24.

Folgende neue Werke aus meinem Verlage empfehle ich den Parteigenossen bestens. Die beidemerkten Preise gelten nur für Arbeitervereine und nur bei directem Bezuge gegen baar oder Postvorschuß. Im Buchhandel sind die Preise etwas höher.

Ein Complot gegen die Internationale Arbeiterassociation. Officieller Bericht über das Zweite Bakunin's und der Allianz der sozialistischen Demokratie. Aus dem Französischen überseht von S. Kokoſky. Einzeln 12 1/2, bei Partien 10 Gr.

Meine 3 1/2-jährige Leipziger Polizeicampagne. Von A. Hepner. Seine höchst interessanten Kämpfe mit dem Leipziger Polizeidirector Dr. Röber, behandelt Hepner vonallgemeinen Gesichtspunkten, auf Grundlage der Actenstücke.

Einzeln 6 Gr., bei Partien 5 Gr.

Geschichte der Arbeiter-Agitation Ferdinand Kasse's. Von Bernh. Becker.

Was über die Kasse'schen Agitation bis jetzt existirt, ist äußerst dürftig. Bernhard Becker, dessen Beruf zu dieser Arbeit unbeschreibbar, liefert den Parteigenossen ein Werk, das eine Menge bisher nie veröffentlichter Documente enthält und äußerst aufklärend für die Bewegung wirken wird.

Dasselbe erscheint in 5 bis 6 Lieferungen à 4 Bogen gr. Octav. Preis jeder Pfg. einzeln 6 Gr., in Partien 5 Gr.

Die erste Lieferung erscheint vor Mitte dieses Monats.

Am Weibstuh der Zeit. Sozialpolitischer Roman von A. Otto-Walſter. Complot in 15 Lieferungen oder in 3 Bänden.

Der Roman ist einzig in seiner Art. Im Gewande einer trefflichen und spannenden Erzählung behandelt der Verfasser den sozialpolitischen Kampf der Jetztzeit nach allen Richtungen. Wie vortrefflich Walſter's Feder zu schildern und zu „packen“ versteht, ist bekannt.

Der Roman kann allen Parteigenossen emstlich empfohlen werden; auch als Agitationsmittel in vielen Kreisen ist er nicht zu unterschätzen.

Preis der Lieferung 2 Gr., bei Partien 1 1/2 Gr.; Preis complet: einzeln 25 Gr., bei Partien 20 Gr.

Bei dieser Gelegenheit empfehle ich den Parteigenossen auch meine übrigen Verlagsartikel. Berzeichnisse über dieselben stehen in jeder Anzahl gratis und franco zu Gebote.

Braunschweig, 1. April 1874.

W. Brade jr. [3c]

Obige Schriften können zu gleichem Preise auch bezogen werden durch die Expedition des „Volkstaat“.

Durch die Expedition des „Volkstaat“ ist zu beziehen:

Dr. Johann Jacoby,

Das Biel der Arbeiterbewegung.

Preis pro Stück 2 Ngr.

Soeben ist erschienen und durch die Unterzeichnete zu beziehen:

Allerhand Proletarier.

Eine Hausgeschichte von A. Otto-Walſter.

(Separatdruck aus dem „Volkstaat“-Erzähler.)

Preis brosch. 5 Sgr., gebunden 7 1/2 Sgr.

Expedition des „Volkstaat“.

Leipzig: Berann. Redacteur: M. Preißer. (Redaktion u. Expedition) Reiterstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei.